



Hartz V statt Bürgergeld

Das neue Gesetz zur "Grundversicherung" gibt den Jobcentern weitere Folterwerkzeuge in die Hand, um "Leistungsempfänger" zu demütigen. ...

Seite 7

Bürgerbüro für Kranichstein

Kinder- und Altersarmut liegen laut Sozialatlas in Kranichstein über dem Durchschnitt. Ein Bürgerbüro mit entsprechenden Angeboten ist notwendig. ...

Seite 8

Aktuelles Thema

Solidarität mit Kuba!

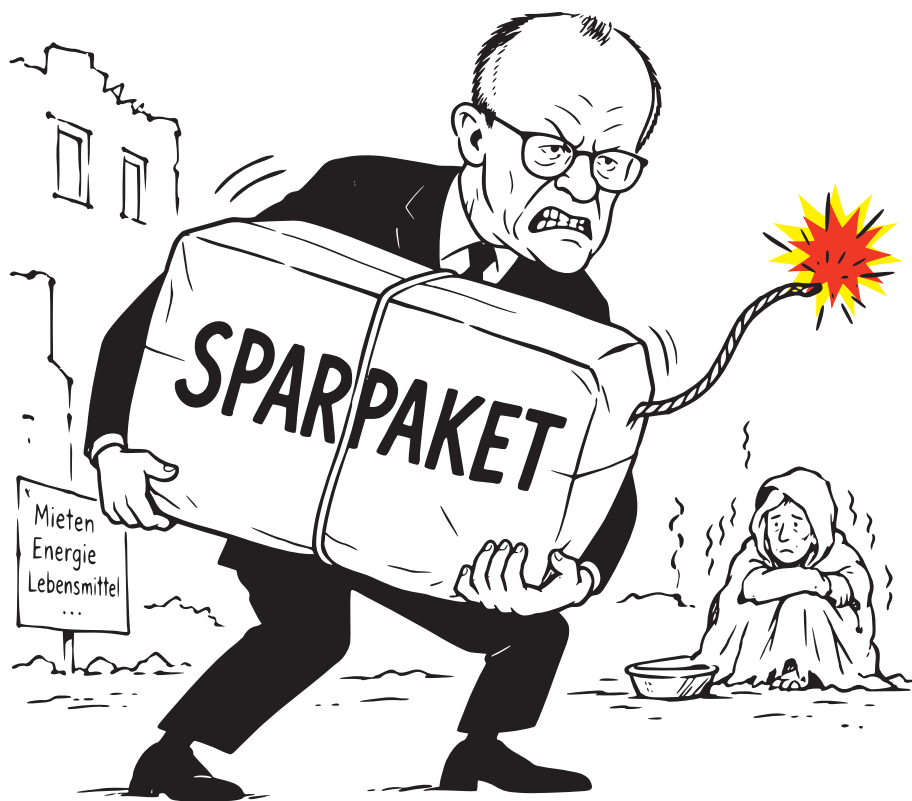
Treffen kommunistischer Parteien in Havanna.

Am 8. August 2026 ging in Havanna das 24. Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien zu Ende. Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel informierte über die Auswirkungen der Blockade. Die Kindersterblichkeit habe sich verdoppelt, zehntausende Krebskranke könnten nicht therapiert werden, tausende Schwangere bekämen nicht die Betreuung, die früher selbstverständlich war. Er sagte, wie in Gaza verübe der Imperialismus ein Genozid. **Seite 4**

DAS ROTE TAGBLATT

3/2026

Zeitung der DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße



Der Black-Rock-Kanzler lässt es mit Sparpaketen krachen ...

[Quelle: DKP - Gießen]

Generalangriff auf den Sozialstaat und Kriegsvorbereitung stoppen!

Die CDU/SPD Bundesregierung ist angetreten, die in Jahrzehnten von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften zu schleifen. Ein „Herbst der Reformen“ soll es werden. Damit wird der umfassendste Angriff auf die Bevölkerung unseres Landes seit dem Ende des 2. Weltkriegs umschrieben. Es gibt nichts, was nicht zur Disposition steht: der 8 Stundentag, die Gesundheitsvorsorge und -versorgung, die Pflegeversicherung, die Familienmitversicherung, die Renten, das Arbeitsrecht mit der Möglichkeit sachgrundlose Befristungen bis zu 4 Jahren zu ermöglichen, was zur Perspektivlosigkeit vieler im Arbeitsleben beiträgt. Gleichzeitig werden Polizei und Geheimdienste weiter ausgebaut und mit weitreichenderen Befugnissen versehen.

Kanonen statt Butter ...

Woran liegt es, wenn für die elementarsten Dinge unserer Gesellschaft, der Menschen angeblich kein Geld mehr da ist? Schuld sind nicht die Bürgergeldempfänger und auch nicht die Flüchtlinge, die in unser Land kommen. Diese Behauptungen sind ein plumper Versuch, die Gesellschaft zu spalten und von den wahren Ursachen abzulenken. Es ist zum einen der unverschämte Reichtum einiger weniger. Die Zahl der Superreichen in Deutschland mit einem Vermögen von mehr als 100 Mio. € wächst. Vor allem aber ist es die Hochrüstungspolitik der Bundesregierung, die den Staat in den Ruin treibt. Beschlossen wurde ein „Sondervermögen“ von 500 Mrd. für die Aufrüstung, und angeblich 500 Mrd. für die marode Infrastruktur. Doch es geht ihnen nicht um Krankenhäuser oder Schulen und Universitäten. Vielmehr sollen marode Brücken oder Straßen für Mi-

Beratung für Wehrdienstverweigerer

Der Bundestag hat Anfang 2026 das Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes beschlossen. Was sich so modern anhört, ist nichts Anderes als der Griff in die Mottenkiste der Kriegszwangsdienste.

Wenn die herrschende Klasse uns, unsere Kinder und Enkel zum Kriechen in die Schützengräben schicken will, dann werden wir als Kommunisten nicht tatenlos zusehen.

Die DKP - Darmstadt bietet deshalb die Beratung für Kriegsdienstverweigerer (KDV - Beratung) an. Wer sich beraten lassen möchte, meldet sich über die Mailadresse kdv@dkp-darmstadt.de bei uns. Wir melden uns dann zur Vereinbarung eines Beratungstermins.

litärtransporte kriegstüchtig gemacht werden. Kanonen statt Butter, das ist die Parole. Die Bundesregierung bereitet offen einen Krieg vor, und wir, die Bevölkerung dieses Landes, sollen ihn bezahlen.

Sie bereiten einen Krieg vor, und die Kinder aus der Arbeiterklasse sollen in den Schützengräben sterben. Deshalb wollen sie auch die Wehrpflicht wieder einführen.

Zusammenhänge aufzeigen und Widerstand aufbauen!

Gegenwehr gegen diesen Hochrüstungs- und Kriegskurs ist dringend notwendig. Die Gewerkschaften müssen Teil des Widerstands gegen diesen Kriegskurs werden. Der DGB-Bundeskongress fasste dazu wichtige Beschlüsse.

Diese müssen mit Leben gefüllt werden. Da ist es wenig hilfreich, wenn sich Gewerkschaftsspitzen beim Kanzler mit den Vertretern der Kapitalverbände zum ge-

Weiter auf Seite 2

Generalangriff ... von Seite 1

meinsamen Kuschkkurs treffen, um darüber zu reden, wie der Sozialstaat abgebaut werden kann.

Viel wichtiger wäre es, jetzt die Menschen darüber aufzuklären, Unmut und Ängste aufzugreifen und gemeinsame Demonstrationen und Streikmaßnahmen der Gewerkschaften zusammen mit den Sozialverbänden, der Friedensbewegung und der Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht zu organisieren.

Im Grundgesetz Artikel 20 Abs. 1 ist formuliert: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Weiter heißt es dann im Abs. 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Die Pläne der Bundesregierung sind ein massiver Angriff auf den Sozialstaat und damit auf die verfassungsmäßige Ordnung. So wird die Rechtsentwicklung weiter vorangetrieben.

Soziale Perspektiven statt Kriegswirtschaft

Die Finanznot der Kommunen oder die existenziellen Nöte der werktätigen Bevölkerung haben die Herrschenden noch nie interessiert. Wenn aber wie jetzt das Wirtschaftswachstum rückläufig ist, ihre Milliardengewinne durch aufsteigende Länder wie China bedroht sind, und ihre ökonomische Vormachtstellung infrage gestellt wird, dann scheint die Kriegswirtschaft der rettende Anker zu sein. August Pradet, emeritierter Professor der Bundeswehr Universität in Hamburg, schätzt ein: „Russland hat überhaupt keine Kapazitäten, um ein NATO-Land anzugreifen. Der gegenwärtige Panikmodus und der Überbietungswettbewerb in Fragen der Aufrüstung ist völlig verfehlt. Das Dümme, das wir machen können, ist, uns selbst tot zu rüsten.“ Jetzt sollen aber jährlich Milliardensummen in der Größenordnung des halben Bundeshaushalts in Aufrüstung und Militär investiert werden.

Eine Studie der Universität Mannheim zeigt auf, dass Investitionen im Bildungsbereich im Gegensatz zu Militärausgaben volkswirtschaftlich um ein Vielfaches sinnvoller wären. Investitionen in Rüstung generieren keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert, sind unproduktiv. Ihre Rechnung geht nur auf, wenn das militärische Potenzial auch genutzt wird, um Konkurrenten unter Druck zu setzen bis hin zum Krieg. Den Preis dafür werden wir alle zahlen, wenn wir diejenigen, die in aller Öffentlichkeit den nächsten Krieg vorbereiten, nicht aufhalten. Wir sollten ihnen

einen Strich durch die Rechnung machen.

Gegen diese Politik der Hochrüstung und des Sozialen Kahlschlags braucht es Protest und Widerstand.

Wir rufen dazu auf, an der Demonstration des DGB und seiner Einzelgewerkschaften am 26. September in Frankfurt teilzunehmen.

Außerdem rufen wir dazu auf, die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht durch die Teilnahme an der Demo am 25. September in Darmstadt zu unterstützen.

Der Frieden braucht dich, deshalb komme auch zur Demonstration der Friedensbewegung am 3. Oktober nach Stuttgart.

[WaBuHü]

Kühlschrantür - Kalender

Wichtige Termine in den kommenden Wochen, die Ihr einfach für den besseren Überblick an die Kühlschrantür pinnt.

Anti-Kriegstag am 1. September - Kundgebung und Demo in Darmstadt.

Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 25. September in Darmstadt.

Kundgebung und Demo der Gewerkschaften gegen das angedrohte "Reformpaket" der Merz - Klingbeil - Regierung am 26. September um 11:00 Uhr am Willy-Brandt-Platz (Gallusanlage) in Frankfurt.

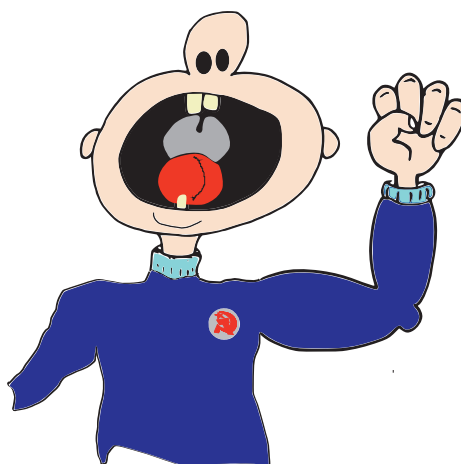
Zentrale Demo der Friedensbewegung am 3. Oktober in Stuttgart.

Wegen weiterer Infos und Mitfahrgelegenheiten einfach eine Mail an info@dkp-darmstadt.de. Wir melden uns zurück.

STREIKFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG

DKP

Kampf gegen Preis- und Kriegstreiber



Einladungen zu den DKP - Treffen

Die Gruppenabende der DKP sind in der Regel öffentlich. Wer Interesse hat, ist herzlich eingeladen, teilzunehmen. Wir treffen uns alle 2 Wochen dienstags im LinksTreff Georg Fröba in der Nähe der Haltestelle Rhein - Neckar - Straße neben dem (alten) DGB - Haus.

Aktuelle Infos und Termine findet Ihr unter <https://www.dkp-darmstadt.de>.



License: Cc-by-sa-3.0 - Sascha Kohlmann

Anlaufender Protest gegen angekündigten Kahlschlag Flaschenpfand und Widerstand

Die Anzeige des Thermometers nähert sich unaufhaltsam der Marke von 38 Grad. Die Schlange vor dem Pfandautomaten der nur notdürftig klimatisierten Vorhalle eines Discounters wächst. Es staut sich, denn nur einer der Automaten ist funktionsfähig. Doch auch der nicht-kaputte verweigert sich bei jeder zweiten Flasche.

Trotzdem ist die Stimmung unter den Wartenden entspannt und freundlich. Sie stehen dort mit zum Bersten gefüllten Riesenplastiktüten, um ihre Sammelerfolge in Euros zu verwandeln. Tipps über die besten Handgriffe beim Umgang mit dem pingeligen Automaten werden in einem vielstimmigen Sprachenmix getauscht.

Ich sehe bei diesem Einkauf am Monatsende mehr als eine Person, die kurz vor der Kasse einen letzten, prüfenden Blick in den Einkaufswagen wirft. Vermeintlich überflüssige Lebensmittel werden nach nochmaligem Rechnen wieder zurücklegt. Meine Gedanken kreisen um all die angekündigten sozialen Grausamkeiten von Gesundheit über Pflege und Jugendhilfe bis zu Bafög, Wohngeld, Arbeitszeit und Rente. So sieht sie also aus, die von Merz und Co. vielbeschworene soziale Hängematte in der drittreichsten Volkswirtschaft der Welt: Flaschensammeln als Vollzeitjob, hartes Rechnen am Ende des Monats und Verzicht auf das nicht unbedingt Nötige.

Gesamtkunstwerk?

Die 25 Cent Pfand auf Einwegflaschen wurden übrigens zeitgleich mit dem letzten großangelegten Angriff eingeführt. SPD und Grüne hatten zwischen 2003 und 2005 die Arbeitslosenversicherung durch die Einführung der Hartz-Gesetze geschliffen. Seitdem grassieren Armut, Niedriglohn und prekäre Beschäftigung.

Einst schrieb Erich Kästner: *"Und immer wieder schickt ihr mir Briefe, in denen ihr, dick unterstrichen, schreibt: **Herr Kästner, wo bleibt das Positive?** Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt! (...) Habt Sonne in sämtlichen Körperteilen und wickelt die Sorgen in Seidenpapier! Doch tut es rasch. Ihr müsst euch beeilen. Sonst werden die Sorgen größer als ihr."*

Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas nennt die Absenkung des Rentenniveaus, Rentenkürzungen, Rentenspekulation und eine längere Lebensarbeitszeit "Gesamtkunstwerk". Und lobt damit den Beitrag der SPD zur erneuten Schleifung des Sozialstaats.

Es ist gut, dass es jetzt die ersten Initiativen aus den Gewerkschaften und der Linkspartei gibt, sich gegen die umfangreichen Angriffe zu wehren. Noch zu zaghaft und vor allem ohne die andere Seite der Angriffe zu nennen, die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Blendet man diese aus, läuft man Gefahr, sich in Spar-

zwängen zu verheddern und sich gegeneinander ausspielen zu lassen. Denn die Menschen in diesem Land brauchen weder Krieg noch Aufrüstung, sondern Löhne, von denen man Leben kann, Sozialversicherungen, die die Risiken des Lebens minimieren, und soziale Daseinsvorsorge, die den Namen verdient.

Nein zu den Kürzungen

Deshalb besteht unsere dringlichste Aufgabe darin, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, zu den geplanten Kürzungen laut **Nein** zu sagen. Dabei stimmen die Umfragen hoffnungsvoll, die belegen, dass knapp zwei Drittel der Menschen in Deutschland, aller bürgerlichen Propaganda vom Sparzwang zum Trotz, nicht willig sind, persönliche Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Unsere Rolle kann und muss in der Vermittlung der Tatsache bestehen, dass es einen Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Aufrüstung gibt und sich ohne unseren Widerstand nichts daran ändern wird. Wir können all den angekündigten Horror nur gemeinsam und im deutlichen Protest aufhalten. Jetzt, in diesen kommenden Wochen, entscheidet sich, ob der Generalangriff auf die Sozialsysteme unbeantwortet und unwidersprochen bleibt oder ob möglichst viele Menschen es schaffen, die Kräfte für Gegenwehr zu mobilisieren. Damit es heißen kann: Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag und Kriegsvorbereitung.

[Tatjana Sambale in der UZ vom 26. Juni 2026]



Wahlen in Darmstadts Partnerstadt Graz

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) stärkste Kraft



Elke Kahr. Quelle: Georg Fuchs (cc)

In Darmstadts Partnerstadt Graz fanden im Juni diesen Jahres Gemeinderatswahlen (vergleichbar mit unserer Kommunalwahl) statt.

Das Ergebnis hat in der österreichischen Presse, aber auch international für Aufsehen gesorgt. Wo darüber nichts zu lesen war - sie ahnen es - war in der Regionalpresse der Partnerstadt Darmstadt - dem Darmstädter Echo.

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) konnte die Gemeinderatswahl in Graz, der zweitgrößten Stadt des Landes, klar für sich entscheiden. Mit ihrer Spitzenkandidatin Elke Kahr erreichte die KPÖ 35,7 Prozent der Stimmen und verwies mit einem Zuwachs von fast 7 Prozent im Vergleich zur Wahl 2021 die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP, 25,2 %) auf einen abgeschlagenen zweiten Platz. Die Grünen kommen mit einem Minus von 2,4 Prozentpunkten nur noch auf 14,8 Prozent, die FPÖ trotz eines leichten Zuwachses von 1,4 Punkten auf 12 Prozent. Die SPÖ verlor erneut Wähler und kommt mit einem Minus von 3,9 auf nur noch 5,6 Prozent.

Elke Kahr bleibt Bürgermeisterin

Und so bedankte sich die kommunistische Bürgermeisterin Elke Kahr unmittelbar nach Bekanntgabe der ersten Ergebnisse bei allen Grazerinnen und Grazern, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht und an der Wahl teilgenommen haben. *"Ich bin erleichtert und glücklich, dass es eine so deutliche Zustimmung zum 2021 eingeschlagenen Kurs gibt"*, betonte sie. Seitdem die KPÖ 2021 die Regierungsverantwortung übernommen hat, hat sie eine konsequente Politik an der Seite der Menschen gemacht. So unterstützt die Stadt Graz Haushalte mit geringem Einkommen mit einem Energiekostenzuschuss, geht neue Wege in der Wohnungslosenhilfe, baute den Öffentli-

chen Nahverkehr aus und sicherte die Kulturförderung auf mehrere Jahre ab. Man könnte genauso die Breitensportförderung nennen, den Sozialfonds, die völlige Transparenz der Finanzen von Fraktion und Mandatsträgern, Mietendeckel für Gemeindewohnungen und vieles mehr.

Elke Kahr dankte vor allem den Wählerinnen und Wählern, *"die der KPÖ und mir ihr Vertrauen ausgesprochen haben. (...) In einer von vielen Krisen geprägten Zeit konnte vieles für Graz erreicht werden, was lange Zeit Bestand haben wird. Mir und meinen Kollegen in der Stadtregierung, Manfred Eber und Robert Krotzer, war immer wichtig, dass Politik dem*

Gemeinwohl und dem sozialen Zusammenhalt dienen soll".

Reaktionen aus Darmstadt?

Ob der Darmstädter Oberbürgermeister seiner Amtskollegin in Graz zum Wahlerfolg gratuliert hat darf angezweifelt werden. Ein befreundeter Sozialdemokrat meinte "die würden in Graz eben gute sozialdemokratische Politik machen".

Ich sehe das etwas anders. Wenn dem aber so wäre sollte die Darmstädter SPD in Graz mal nach Nachhilfe-Seminaren erkundigen - vielleicht nützt es ja was.

[Rainer Keil]

Solidarität mit Kuba!

Kampf dem US - Terror in der Karibik



Bild: UZ, Zeitung der DKP

Weder Zigarren, noch Rum; über viele Jahre war das Top-Export-Gut Kubas medizinische Hilfe. Ob bei verheerenden Naturkatastrophen oder Epidemien, kubanische Ärzte und medizinisches Personal waren zur Stelle. Kubas Konzept war einfach: Staaten, die sich die medizinische Hilfe leisten konnten, haben dafür gezahlt. Staaten, die dazu nicht in der Lage waren, wurden kostenlos beliefert.

Gesundheitssystem

Das kubanische Gesundheitssystem war eines der fortgeschrittensten der Welt. Und Kuba wollte den armen Ländern die Erregenschaften dieser Gesundheitspolitik nicht vorenthalten.

Das Bild hat sich inzwischen geändert. Heute sterben auf Kuba täglich Menschen, weil dringend benötigte Medikamente fehlen. Oder der Treibstoff für den Betrieb von Krankenwagen. Elektrizität steht oft

nur wenige Stunden am Tag zur Verfügung. Der Tourismus als wichtiges wirtschaftliches Standbein ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Das hindert Kuba aber nicht, das Projekt "Kinder von Tschernobyl" wieder aufzunehmen und 50 Kinder aus der Ukraine, Strahlensopfer der Katastrophe, zu behandeln.

Im Würgegriff

Das US - Regime unter Trump sieht den gelebten Sozialismus der Karibikinsel als Bedrohung. Die Yankees haben sich das Ziel gesetzt, Kuba auszuhungern. Für Washington hat Kuba nur als Puff der Imperialisten ein Existenzrecht.

US - Piraten

Schiffe solidarischer Staaten, ob Mexiko, China oder Russland, laufen Gefahr, von den US-Amerikanischen Piraten angegriffen und zerstört zu werden.

Weiter auf Seite 5



[Quelle: R. Seeheim]

"Herbst der Reformen"

Wo ist das Geld?

Die Bundesregierung ist angetreten, die in Jahrzehnten von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften zu schleifen. Ein "Herbst der Reformen" soll es werden. Damit wird der umfassendste Angriff auf die Bevölkerung unseres Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs umschrieben. Es gibt nichts, was nicht zur Disposition steht: der Achtstundentag, die Gesundheitsversorgung, die Pflegeversicherung, die Familienmitversicherung, die Renten.

Gleichzeitig werden Polizei und Geheimdienste weiter ausgebaut und mit weitreichenderen Befugnissen versehen.

Woran liegt es, wenn für die elementarsten Dinge unserer Gesellschaft, der Menschen, angeblich kein Geld mehr da ist?

Schuld sind nicht die Bürgergeldempfänger und auch nicht die Flüchtlinge, die in unser Land kommen.

Arm und Reich

Es ist zum einen der unverschämte Reichtum einiger weniger. Die Zahl der Superreichen in Deutschland mit einem Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro wächst. Vor allem aber ist es die Hochrüstungspolitik der Bundesregierung, die den Staat in den Ruin treibt.

Beschlossen wurde ein "Sondervermögen" von 500 Milliarden Euro für die Aufrüstung und angeblich 500 Milliarden für die marode Infrastruktur.

Doch es geht ihnen nicht um Krankenhäuser oder Schulen und Universitäten. Vielmehr sollen marode Brücken oder Straßen für Militärtransporte kriegstüchtig gemacht werden. Kanonen statt Butter - das ist die Parole.

Die Bundesregierung bereitet ganz offen einen Krieg vor, und wir, die Bevölkerung dieses Landes, sollen ihn bezahlen.

Die Gewerkschaften müssen Teil des Widerstands gegen diesen Kriegskurs werden. Der DGB-Bundeskongress hat dazu wichtige Beschlüsse gefasst. Diese müssen mit Leben gefüllt werden. Da ist es wenig hilfreich, wenn sich Gewerkschaftsspitzen beim Kanzler mit den Vertretern der Kapitalverbände zum gemeinsamen Kuschkurs treffen, um darüber zu reden, wie der Sozialstaat abgebaut werden kann. Viel wichtiger wäre es, jetzt die Menschen darüber aufzuklären, Unmut und Ängste aufzugreifen und gemeinsame Demonstrationen und Streikmaßnahmen der Gewerkschaften zusammen mit den Sozialverbänden und der Friedensbewegung zu organisieren.

Solidarität mit Kuba von Seite 4

Schleiß auf Völkerrecht

136 Staaten stimmten im Juli 2026 für den kubanischen Antrag, das von den USA verhängte Embargo zu beenden, neun Regierungen votierten dagegen und 30 enthielten sich. Enthalten hat sich neben der Ukraine auch Deutschland unter dem Merz – Klingbeil – Regime, dass ja bekannter Maßen Probleme bei Stellungnahmen zu „komplexen internationalen Sachverhalten“, wie dem Völkermord in Gaza hat.

Sozialismus als Alternative

Für den deutschen Kapitalismus stellt Kuba tatsächlich eine Bedrohung dar, zeigt er doch, dass Alternativen zur Ausbeutergesellschaft möglich sind.

Unterstützung jetzt!

Wer Kuba unterstützen möchte und über die ausreichenden Mittel verfügt, sollte sich überlegen, nach Kuba zu reisen.

[Bernd Blümmel]

Lösung Kriegswirtschaft?

Wenn das Wirtschaftswachstum rückläufig ist und Milliarden Gewinne durch aufsteigende Länder wie China bedroht sind, dann scheint die Kriegswirtschaft der rettende Anker zu sein. August Pradet, emeritierter Professor der Universität der Bundeswehr in Hamburg, schätzt ein: "Russland hat überhaupt keine Kapazitäten, um ein NATO-Land anzugreifen. (...) Der gegenwärtige Panikmodus und der Überbietungswettbewerb in Fragen der Aufrüstung sind völlig verfehlt. (...) Das Dümme, das wir machen können, ist, uns selbst tot zurüsten."

Eine Studie der Universität Mannheim zeigt auf, dass Investitionen im Bildungsbereich im Gegensatz zu Militärausgaben volkswirtschaftlich um ein Vielfaches sinnvoller wären. Investitionen in Rüstung generieren keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert, sind letztlich unproduktiv. Ihre Rechnung geht nur auf, wenn das militärische Potenzial auch genutzt wird, um Konkurrenten unter Druck zu setzen, bis hin zum Krieg. Den Preis dafür werden wir alle zahlen, wenn wir diejenigen, die in aller Öffentlichkeit den nächsten Krieg vorbereiten, nicht aufhalten. Wir sollten ihnen einen Strich durch die Rechnung machen.

[aus: UZ, Zeitung der DKP]



[Quelle: R. Seeheim]

Länger arbeiten und beten

Zur bevorstehenden Rentenkapitalisierung

Über den Verlauf der massiven Kürzungen im Gesundheitssystem scheinen die Koalitionsspitzen aus CDU/CSU und SPD recht zufrieden zu sein. Das dortige Vorgehen haben sie als Muster für die Angriffe auf die gesetzliche Altersversorgung genommen.

Zunächst setzten sie eine Expertenkommission ein, die Vorschläge erarbeitete. Diese wurden nun von den Regierungsspitzen - in diesem Fall vom Kanzler und der SPD-Vorsitzenden - mit Verweis auf die Kompetenz der "unabhängigen" Experten übernommen. Friedrich Merz will die Pläne durchbringen, ohne "einzelne Maßnahmen herauszunehmen oder abzulehnen". Deshalb soll die Rentenreform im Eilverfahren über die parlamentarischen Hürden gejagt werden.

Jubel von rechts

Schon vor ihrer offiziellen Vorstellung am Dienstag wurden die Vorschläge von der Jungen Union und dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie begrüßt, von IG Metall, ver.di und dem Sozialverband Deutschland ablehnend kommentiert. Der Jubel von rechts ist verständlich, denn dieser Angriff auf das Rentensystem enthält im Kern die Elemente, für die einst die FDP vergeblich gefochten hatte. Zum einen sollen alle län-

ger arbeiten. Die vorgezogene Rente mit 63 für diejenigen, die 45 Jahre geschuftet haben, soll auslaufen, die Altersgrenze von 67 Jahren soll entsprechend der Lebenserwartung weiter nach oben klettern - und mit ihr die Abschlüsse bei einem früheren Rentenbeginn. Die Altersarmut wird zunehmen.

Zocken mit der Rente

Das andere Kernelement, das die FAZ als die "eigentlich strukturelle Innovation" bezeichnet, ist die zusätzliche obligatorische Aktienrente. Für sie wird vom Lohn zunächst ein halbes, später werden 2 Prozent zusätzlich abgezackt. Mit dem Geld der Beschäftigten soll dann am Kapitalmarkt gezockt werden. Statt zuverlässiger Rentenprognosen müssen Millionen künftiger Rentner gebannt auf die Aktienmärkte starren. Und in das abendliche Gebet aufnehmen, dass sie sich nach oben entwickeln. Da hiezulande Bevölkerung und Wirtschaft schrumpfen, sollen die Gewinne im Ausland erwirtschaftet werden, die Menschen dort zusätzlich für die deutschen Rentner schufteten. Denn nur so würde das neue deutsche Rentensystem, so die FAZ, vom Wachstum anderer Länder profitieren. Dieser schlaue Plan wird die Beliebtheit dieses Landes in der Welt weiter nach oben katapultieren.

[Manfred Sohn in der UZ vom 26. Juni]

UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
6 Wochen gratis probelesen



Druckausgabe und online!



CommPress Verlag GmbH .
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: - 28 .
E-Mail: Info@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de

Rückmeldungen, Lob & Kritik, aber auch Meinungen und Leserbriefe würden uns sehr freuen.

Schreibt per Mail an:

info@dkp-darmstadt.de

oder per Post an:

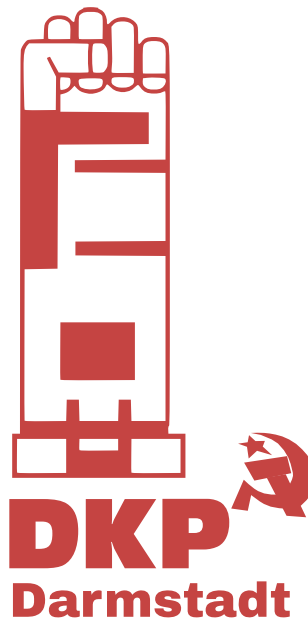
DKP-Darmstadt

LinksTreff Georg Fröba

Landgraf-Philipp-Anlage 32

64283 Darmstadt

Wegen der begrenzten Zeichenzahl behalten wir uns vor, Leserbriefe zu kürzen.



Hartz V statt Bürgergeld

Die neue Grundsicherung trat in Kraft.



Quelle: DKP - Gießen

An 01.07.2026 trat das Gesetz zur Einführung der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende in Kraft. Die darin enthaltenen, verschärften Sanktionsmöglichkeiten haben die Jobcenter bereits erprobt. Sie dürften nicht etwa gewiefte "Totalverweigerer" treffen, sondern hauptsächlich Personen, die ihre Behördenbriefe nicht mehr öffnen, weil sie kognitiv, gesundheitlich oder psychisch beeinträchtigt sind, solche, die Schreiben der Jobcenter wegen Sprachbarrieren nicht verstehen, und funktionale Analphabeten. Die Bürgergeld-Reform der Ampelkoalition hatte mittels ihrer Ersetzung der Eingliederungsvereinbarung durch den Kooperationsplan noch dafür gesorgt, dass Leistungsberechtigte dem für sie zuständigen Jobcenter "auf Augenhöhe" begegnen konnten. Nun entfällt das für Konfliktfälle vorgesehene Schlichtungsverfahren vollständig. Während der Karenzzeit wurden die Mietkosten von Neuzugängen im Bürgergeld ohne Einzelfallprüfung vom Jobcenter übernommen, damit sich Leistungsberechtigte ein Jahr lang auf die Arbeitssuche konzentrieren konnten, anstatt gleichzeitig auf Wohnungssuche gehen zu müssen. Künftig findet die Überprüfung wieder sofort statt: Sind die Wohnkosten mehr als eineinhalbmal so hoch wie die vom Jobcenter für "angemes-

sen" gehaltenen, werden sie nur bis zum Richtwert übernommen.

Alleinerziehende und Kinder

Bei den Haushalten von Alleinerziehenden und ihren Kindern liegen die Unterkunftskosten besonders häufig darüber. Durch eine Härtefallklausel sollen Familien geschützt werden: Wenn die höheren Aufwendungen für die Unterkunft in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern anfallen, kann sie das Jobcenter im Einzelfall anerkennen. Muss es aber nicht. Wird die Mietpreisbremse von seinem Vermieter nicht eingehalten, muss der Grundsicherungsgeldbezieher diesen Gesetzesverstoß ab jetzt rügen: Das ist wegen des Machtgefälles zwischen dem Vermieter und einem auf die Transferleistung angewiesenen Mieter völlig realitätsfremd. Es verschiebt zudem das Problem der Mietpreisexplosion zu Menschen, die darunter am meisten leiden - und dafür am wenigsten verantwortlich sind. Ist das Rügen nicht erfolgt oder erfolglos geblieben und werden die Mietkosten deshalb nicht in voller Höhe übernommen, müssen die Leistungsberechtigten sie zumindest teilweise aus ihrer Geldleistung begleichen. Das ist schon jetzt bei mehreren hunderttausend Haushalten der Fall. Dadurch wird das soziokulturelle Existenzminimum von

Menschen im Grundsicherungsbezug zwangsläufig unterschritten. Andernfalls sind Mietschulden, Räumungsklagen und Zwangsräumungen zu befürchten. Die wenigstens für Personen ab 30 Jahren anstehende Rückkehr zum Vermittlungsvorrang signalisiert der Öffentlichkeit, dass trotz des erklärten Fachkräftemangels künftig nicht mehr die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung, sondern wieder eine Turboarbeitsmarktintegration der Leistungsberechtigten im Mittelpunkt sämtlicher Bemühungen des Jobcenters steht. Verschärft wird auch die Zumutbarkeit: Eltern müssen bereits 14 Monate nach der Geburt ihres Kindes, also nicht erst wie bisher ab dessen drittem Lebensjahr, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder an einer Eingliederungsmaßnahme bzw. an einem Sprachkurs teilnehmen.

Hartz V

Bei der aktuellen Grundsicherungsvariante handelt es sich nicht um ein neues oder gar neuartiges Leistungssystem. Vielmehr ähnelt sie einer teils noch verschärften Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das im Jahr 2005 den Ausgangspunkt bildete. Hartz IV, wie es im Volksmund hieß, hat entscheidend zur Vergrößerung der sozialen Schieflage im Land, zur Ausweitung der (Kinder-)Armut und vor allem zur Verbreiterung des Niedriglohnsektors beigetragen. Denn unter dem Damoklesschwert von Hartz IV waren Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften genötigt, niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Nach der Rückabwicklung des Bürgergeldes kann man durchaus von Hartz V sprechen, weil ähnliche Folgen zu erwarten sind. Während der Wohlfahrtsstaat einmal mehr demontiert wird, haben Lebensmittelfakeln, Schuldnerberatungsstellen und Pfandleihhäuser gleichermaßen Hochbetrieb. Wie auf dem Gipfelpunkt der neoliberalen Großoffensive um die Jahrtausendwende wächst die Gefahr, dass der Bismarcksche Sozialversicherungsstaat, auf den die meisten Bundesbürger früher stolz waren, zum Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat verkommt. Dabei sind der Schutz vor Armut, die Absicherung der Menschen vor Existenzrisiken und ein sozialer Ausgleich heute nötiger denn je.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zuletzt die Bücher "Deutschland im Krisenmodus" sowie "Umverteilung des Reichtums" veröffentlicht.

[Christoph Butterwegge in Junge Welt]

Am Bahnübergang in Kranichstein das Warten begrenzen

Es muss nicht teuer sein!

Bernd muss oft über den Bahnübergang an der Jägertorstrasse in Kranichstein. Er nervt ihn. Heute schon wieder: die Schranken sind unten. Lange Autoschlangen auf beiden Seiten, wartende Fußgänger und Fahrradfahrer.

Genervt blickt er zum Stellwerk hoch, das seit Jahren verlassen ist. Seither sind die Wartezeiten viel länger geworden. Damals wusste der Fahrdienstleiter, wie lange der Zug zum Anrücken brauchte. Jetzt ist da nur ein nervenloser Automat.

Erst mal müssen die Lichter Gelb, dann Rot zeigen. Dann gehen die Schranken runter, welche die Zufahrt sperren. Dann muss der Strecken-Fahrdienstleiter in Dieburg aufs Video gucken, ob jemand eingesperrt wird. Dann gehen die Schranken runter, welche die Ausfahrt sperren. Und dann erst wechselt ein Zufahrtssignal auf Grün, mit ihm das zugehörige Vorsignal. Nur wenn das rechtzeitig geschieht, muss der Lokführer nicht bremsen. Dieser Vorgang dauert schon mal über eine Minute. Und daran ist auch nichts zu ändern.

Aber das Problem ist: Wo stehen diese Vorsignale? Aus Richtung Aschaffenburg jenseits der Brücke, über den der Weg zur Dianaburg führt. Das sind 1,356 km vor dem Bahnübergang. Hinzu kommt, dass Güterzüge ab hier wegen der folgenden

Weichen nur mit Tempo 50 fahren dürfen!

Aus Richtung Darmstadt Nord steht das Vorsignal etwa an der Wohnwagensiedlung. Auch hier ist der Bremsweg überdimensioniert. Denn die Güterzüge können fast alle nur Tempo 60 fahren. Die Weichen im Bahnhof Darmstadt Nord erzwingen das. Dann kommt die für Laien nicht sichtbare starke Steigung nach Kranichstein.

Das Einfahrtsignal A steht seit jeher 200 m vor der Einmündung der Güterzugkurve vom Ostbahnhof. Die ist längst zugewuchert. Das Signal kann also 100 m vor die erste Weiche in Kranichstein versetzt werden.

Indem Signale versetzt werden, lassen sich so für Güterzüge in Richtung Aschaffenburg 46 Sekunden Annäherungszeit einsparen. In Richtung Darmstadt Nord sind es sogar 63 Sekunden! Für jeden Güterzug! Die Regiobahnen sind für Bernd kein Problem.

Solche einfachen Maßnahmen machen die Wartezeiten für Bernd und viele andere Bürgerinnen und Bürger erträglicher. Es braucht seitens der Wissenschaftsstadt Verhandlungsgeschick, bei der Bahn, der DB InfraGO AG guten Willen.

Die wollen in Kranichstein ICE-Züge warten. Dieses Wortspiel ist beabsichtigt.

[Werner Krone]



[Quelle: R. Seeheim]

Konkrete Schritte überfällig Bürgerbüro für Kranichstein

In Kranichstein sind etwa 12.000 Menschen zu Hause. Kranichstein ist ein "internationaler" Stadtteil, Menschen verschiedener Nationalitäten wohnen und leben hier. Der Anteil älterer Menschen wächst stetig. Auf der anderen Seite ist Kranichstein aber auch jung: der Anteil von Kindern und Jugendlichen liegt weit über dem städtischen Durchschnitt.

Probleme wie Kinder- und Altersarmut liegen laut Darmstädter Sozialatlas daher

auch über dem Durchschnitt. Hilfestellung für die betroffenen Menschen wäre angebracht - ein Bürgerbüro mit entsprechenden Angeboten sinnvoll.

Kurzer Blick zurück

2008 hat der damalige Oberbürgermeister Walter Hoffmann (SPD) Stellenstreichungen vorgenommen und so dem Bürgerbüro die Grundlage entzogen. Als Grund wurde angespannte Haushaltslage und die Haushaltsauflagen des Regierungspräsidiums genannt. In Vorfeld wurden in der Bevölkerung Kranichsteins Unterschriften gegen die Schließung der Meldestelle gesammelt. Diese wurden dem Vorstand des Kranichsteiner Gewerbevereins übergeben. Die damals in Aussicht gestellten "konstruktiven" Gespräche mit der Politik haben nichts an der Schließung geändert.

Neuer Anlauf notwendig

An der Notwendigkeit eines Bürgerbüros mit entsprechenden Angeboten hat sich nichts geändert. Bei den anlässlich der Kommunalwahl aufgestellten Forderungen aus dem Stadtteil heißt es unter der Überschrift "Sicherung und Verbesserung der

Impressum



DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße

LinksTreff Georg Fröba

Landgraf-Philipps-Anlage 32

64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407

Fax: +49 6151 788406

eMail: info@dkp-darmstadt.de

URL: <http://www.dkp-darmstadt.de>

Spendenkonto:

DKP KREISORGANISATION DARMSTADT

IBAN DE55 5085 0150 0018 0093 40

(BIC HELADEF1DAS)

V.i.S.d.M./P.:

Bernd Blümmel, Limesstraße 10

64625 Bensheim



www.dkp-darmstadt.de



www.dkp-darmstadt.de/kdv



Zugänge zu kommunalen Dienstleistungen und unabhängigen Beratungsangeboten für die Bevölkerung in Kranichstein - Dezentralisierung der Angebote der Stadtverwaltung":

Dezentrale Angebote aus den Bereichen Einwohnerwesen, Passangelegenheiten, Einwohnermeldeamt, Ausländeramt sollen für die Bevölkerung im Luise-Büchner-Haus zur Verfügung stehen. Bereitstellung, Ausbau und Wiederherstellung von stadtteilbezogenen Beratungsleistungen durch Jugendamt, städtischem Sozialdienst, Erziehungsberatung. Beratungen des Sozialamtes zum Thema Grundsicherung und Schuldnerberatung.

Sinnvoll wäre sicher auch eine Mieterberatung durch den Mieterverein (auch das gab es schon).

Kommunalpolitiker haben die Eigenart nach der Wahl schnell abzutauchen. Ein sinnvoller Weg hier aktiv zu werden wäre eine Initiative "Pro Bürgerhaus Kranichstein".

[Rainer Keil]